

Tagungen

„Brügger Woche" 1971

Das Europa-Kolleg Brügge hatte vom 25. bis 27. 3. 1971 zu seinem bereits traditionellen Kolloquium, dieses Jahr zum Thema „*Die Krise der industriellen Beziehungen*“, eingeladen. Rund 250 Teilnehmer aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten saßen drei volle Programmtage lang 25 Personen gegenüber, die als Referenten oder Sitzungspräsidenten fungierten. Arbeitskreise gab es nicht. Diskussionen im Plenum waren jeweils nach mehreren Kurzreferaten vorgesehen, fanden aber aus Zeitmangel stets nur recht bedrängt

statt. Die schriftlich ausgearbeiteten Referate waren in der Mehrzahl bereits als Vorbereitung in französisch oder englisch allen Teilnehmern zugeschiedt worden. Die Organisation der Brügger Woche lag bei den Mitarbeitern des Kollegs in guten Händen; die wissenschaftliche Leitung hatte Prof. *Guy Spitaels* vom Institut du Sociologie an der Université Libre de Bruxelles übernommen. Sowohl seine Ausführungen zu Beginn und zum Abschluß des Kolloquiums als auch alle Referate werden in einem Gesamtbericht veröffentlicht, anzufordern bei: Europa Kolleg, Dyver 11, Brügge/Belgien.

Im ersten Teil der Referate versuchten drei international bekannte Sozialwissenschaftler die Vorgeschichte der im Thema vorgeschriebenen „Krise der industriellen Beziehungen“ nachzuzeichnen. Aus den Jahren 1960 bis 1968 waren alle Elemente für Programmierung, Regulierung und Institutionalisierung in den industriellen Beziehungen zusammenzutragen. *M. Crozier*, Professor an den Universitäten von Nanterre und Harvard, stellte die soziokulturellen Faktoren in den Vordergrund, während der Brüsseler Professor *Hatry* sich auf die ökonomischen und technologischen Faktoren konzentrierte. Die Beziehungen zwischen den öffentlichen Institutionen und den Tariforganisationen standen im Mittelpunkt der Ausführungen von *B. C. Roberts*, der an der London School of Economics and Political Science „Industrial Relations“ lehrt.

Im zweiten Teil des Kolloquiums berichteten zunächst sieben Referenten über den Bruch in den industriellen Beziehungen am Beispiel der spontanen Arbeitsniederlegungen 1968–1970 in sieben verschiedenen westeuropäischen Ländern. Prof. *J. D. Reynaud*, Paris, faßte in einer brillant vorgetragenen Synthese die einzelnen Berichte in zwei Hauptgruppen zusammen:

Der ersten Gruppe wurden die „romanischen Länder“ zugerechnet, wie Frankreich (Berichterstatter: *E. Descamps*, Generalsekretär der Confédération Française Démocratique du Travail [CFDT]), Italien (Berichterstatter: *G. Reggio*, Bundessekretär der Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori [CISL]) und Belgien (Berichterstatter: *G. Debonne*, Generalsekretär der Fédération Generale du Travail de Belgique [FGTB]).

In diesen Ländern sieht die Mehrheit der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Lohnabhängigen die „industrial relations“ nicht als Partnerschaft mit den Vertretern des Kapitals an, sondern als ständigen Kampf in der Austragung von Klassegegensätzen. Für Eugene Descamps gibt es keinen „contrat social“, der die französische Arbeiterklasse an Spielregeln in der Gesellschaft binden würde und für den Belgier Debonne sind die „Antagonismen in den sozialen Beziehungen“ bedingt durch die Unterordnung

des abhängig Arbeitenden im kapitalistischen System. Als Alternative hierzu sehen die Gewerkschaften in allen drei Ländern eine sozialistische Gesellschaftsordnung.

Dagegen sind nach Auffassung Prof. Reynauds die industriellen Beziehungen in einer zweiten Gruppe von Ländern stärker von Partnerschaftsdenken und Harmoniemodellen geprägt. Zu diesen als „germanisch“ bezeichneten Staaten zählt er die Bundesrepublik (Berichterstatter: *H. Markmann*, Geschäftsführer des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften), die Niederlande (Berichterstatter: *W. Albeda*, Professor an der „Nederlandse Economische Hogeschool“, Rotterdam), Schweden (Berichterstatter: *C. R. Tersmeden*, Sozialattaché an der schwedischen Botschaft in Brüssel) und Großbritannien (Berichterstatter: *E. H. Phelps-Brown*, em. Prof. an der Universität London).

Solche schematische Zuordnung wird aber durch jüngste Entwicklungen zumindest teilweise in Frage gestellt. Einmal lehnen die Unternehmerverbände z. B. in der BRD mit bisher ungehörter Entschiedenheit institutionelle Formen der Mitbestimmung in der Gesamtwirtschaft ab, wie sie zuletzt vom DGB in Form von Wirtschafts- und Sozialräten vorgeschlagen wurden (letztere wurden in einer im Europa-Kolleg ausgelegten Publikation des Deutschen Industrie- und Handelstags als „Sowjets“ verketzert).

In den „germanischen“ Ländern zeichnen sich darüber hinaus Entwicklungen ab, die auf eine Stärkung der gewerkschaftlichen Basis in den Betrieben drängen. Die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder fordert in zunehmendem Maße bei allen Entscheidungen, die sie betreffen, befragt zu werden. Diese Forderung übersetzt sich beispielsweise in der BRD in Konzepte betriebsnaher Tarifpolitik und Verbesserungen der innerbetrieblichen Mitbestimmung. In Brügge wurde jedoch weniger Gewicht auf die Berücksichtigung der Entwicklungen an der Basis gelegt; vielmehr wurde besonders auf den in Westeuropa stattfindenden Prozeß der Konzentration wirtschaftspolitischer Entscheidungen „an der Spitze“ eingegangen.

Der dritte und abschließende Teil der Referate sollte „mögliche Antworten“ auf die Krise der industriellen Beziehungen geben. Zunächst wurden neue Formen in den Kollektivverhandlungen der Tarifparteien angesprochen, wobei *Y. Delamotte*, Leiter des Institut des Sciences Sociales du Travail aus Paris neue Verhandlungsinhalte herausstellte, während *A. Verschueren*, Direktor der Affaires Sociales de la Fédération des Industries Belges aus Brüssel auf neue Strukturen und Verhandlungsebenen hinwies.

Anschließend referierten *K. Walker*, Berater am International Institute for Labour Studies, Genf, und *O. Kersten* vom DGB-

Bundesvorstand über die institutionellen Formen der Mitbestimmung auf den Ebenen des Betriebes und des Unternehmens. Diesen Formen „institutioneller Partizipation“ stellte Prof. *G. Lyon-Caen*, Paris, das Konzept der „controle ouvrier“ (Kontrolle durch die Arbeiter und ihre Gewerkschaften) gegenüber.

Abschließend wurde die zunehmende Verlagerung von Entscheidungen in Spitzengremien dargestellt, vor allem von *D. Janssen*, Dozent am Institut du Travail der Universität Brüssel, der die „entreprises multinationales“ (multinationale Unternehmen), und von *T. Rasschaert*, Generalsekretär des Europäischen Bundes Freier Gewerkschaften, der die institutionelle Integration in der Europäischen Gemeinschaft analysierte.

An beiden Referaten wurde deutlich, daß in den letzten Jahren zwar der Spielraum für gesellschaftspolitische Entscheidungen auf nationaler Ebene immer kleiner wird, daß aber die Entscheidungsbildung in der EWG weiterhin von den nationalen Regierungen in dem omnipotenten, unkontrollierten Organ des

Ministerrates bestimmt wird. Ferner gibt es in der EWG bereits eine ständig zunehmende Zahl von multinationalen Großkonzernen, Machtfaktoren ohne entsprechendes gewerkschaftliches Gegengewicht. Erst in allerjüngster Zeit gibt es einzelne Einbrüche — wie bei Philips —, wo die Industriausschüsse der Gewerkschaften — insbesondere der Metallausschuß — zunächst als Partner in informellen Gesprächen akzeptiert werden.

Wenn es nicht gelingt, einerseits den haltenden Widerstand der Unternehmer und ihrer Verbände gegen Kollektivverhandlungen über alle die Arbeitnehmer betreffenden Fragen zurückzudrängen und andererseits den Gewerkschaften wirksame europäische Strukturen zu geben, wird die nächste Krise der industriellen Beziehungen ganz bestimmt kommen und sicher noch folgenschwerer als 1968/70 werden. Diese Schlußfolgerung wurde gerade gegen Ende des Kolloquiums deutlich. Damit kündigt sich möglicherweise bereits das Thema einer der nächsten „Brügger Wochen“ in den kommenden Jahren an. *Ernst Piehl*